

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterkützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Zeile 20 Wg. Im Retameteil die Zeile 60 Wg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebenförmig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Preisnehmer Nr. 110.

Nr. 101.

66. Jahrgang.  
Sonntag, den 4. Mai

1919.

## Zur Ermittlung der verpachteten Grundstücksflächen für die Ernteflächenerhebung 1919

werden den Grundstücksverpächtern in diesen Tagen Fragebogen zugestellt werden. Sollten einzelne Verpächter bei der Verteilung übergangen werden, so wollen sie die Fragebogen in der Ratskanzlei entnehmen.

Die Fragebogen sind am 10. ds. Mts. sorgfältig ausgefüllt zur Abholung bereit zu halten.

Eibenstock, den 2. Mai 1919.

Der Stadtrat.

## Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an weisliche Empfänger erfolgt von jetzt ab regelmäßig nur Donnerstags

und zwar:  
an Empfänger mit rotem Kartenaufdruck nachm. 2-1/4 Uhr,  
an Empfänger ohne Kartenaufdruck nachm. 1/4-1/2 Uhr

in der üblichen Reihenfolge.

Eibenstock, den 3. Mai 1919.

Der Stadtrat.

## Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Ein-

schätzung den Beitragspflichtigen bekanntgegeben worden sind, werden gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bez. § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen, aber keinen Steuerzettel erhalten haben, aufgefordert, sich im Gemeindeamte sofort persönlich zu melden. Unterlassung ist strafbar.

Die erste Hälfte dieser Steuer ist zur Vermeidung zwangsweiser mit Kosten verbundener Beitreibung bis spätestens zum

22. Mai 1919

an die hiesige Ortssteuerbehörde während der Rassenstunden von 11 bis 1 Uhr zu entrichten.

Carlsfeld, den 30. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

111.

## Holzversteigerung. Sojaer Staatsforstrevier. Gasthof „Carls Hof“ in Schönheiderhammer.

Donnerstag, den 8. Mai 1919, nachm. 1 Uhr:

978 m. Stämme	10-19 cm stark,	863 m. Stämme	20 u. m. cm stark,
1547 "	Äste 7-15 "	569 "	Äste 16-22 "
304 "	23 u. m. "	in Abt. 6, 14 u. 45 (Kahlschläge),	3, 4, 6,
		8, 9, 18, 29, 50, 52, 53, 54, 61 u. 63 (Einschlagholz).	

Forstrevierverwaltung Soja.

Forstrentamt Eibenstock.

## Die Anklage gegen Kaiser Wilhelm II.

Der ehemalige Deutsche Kaiser soll, wie es in einer offiziellen Mitteilung der Entente heißt, in den öffentlichen Anklagezustand veretzt werden. Zwar werden ihm nicht Verbrecen, die in den Strafgesetzen aufgeführt sind, zur Last gelegt, sondern höchste Achtachtung der internationalen Sittengesetze und der gereinigten Rechte. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan werden einen Gerichtshof zur Aburteilung bilden, der die nach ihrer Ansicht zur Anwendung kommenden Strafen selbstständig festsetzt. Die Widerstände werden um Auslieferung des ehemaligen Kaisers ersucht werden. Man kann nicht umhin, diese Meldung gerade in dem Augenblick, da unsere Unterhändler in Versailles eintreffen, als recht bezeichnend für die Gefühle zu finden, die uns die Entente jetzt zum Beginn der Friedensverhandlungen entgegenbringt. Demnach will also die Entente in ihrer völlig einseitigen Beurteilung der Schuldfrage beharren. Obwohl namhafte Staatsrechtler sowohl in Amerika, als auch in England und Holland übereinstimmend zu dem Entschieden gekommen waren, daß keinerlei Verursachung vorliege, den ehemaligen Deutschen Kaiser anzuklagen, kann sich die Entente es nicht versagen, nunmehr doch ihren Rachegefühlen freien Lauf zu lassen. Die Entente macht sich also kein Gewissen daraus, Ankläger und Richter in einer Person sein zu lassen. Zwar wollen die Militärs dem Angeklagten die hauptsächlichsten Garantien des Verteidigungsrechtes zugestehen; aber wahrscheinlich werden sie dem Beklagten auch Verteidiger aus Entente-Ländern stellen, und wie danach die Verteidigung ausfällt, das kann man sich ja lebhaft ausmalen. Wieder und wieder dringt aus dieser Meldung die Auffassung der Entente durch, daß die Schuld am Weltkrieg allein Deutschland zufalle. Aber trifft Deutschland auch nur ein Quentchen mehr Schuld am Weltkrieg, als ein anderer beteiligter Nationen? Deutschlands Imperialismus ist niemals aggressiv gewesen, wie es der englische, der russische, der französische, ja manchmal auch der amerikanische war. Zwar hat der deutsche Imperialismus nicht immer den bösen Schein vermieden, und das verdichtet sich nun, da die Entente uns niedergeworfen hat, zur alleinigen Schuld Deutschlands. Wichtig ist, daß der deutsche Imperialismus Weltgeltung anstrebte, und welcher deutsche Volksgenosse hätte ihn dabei nicht unterstützt, eine Welt Herrschaft aber hat er niemals erstrebt.

Rum wollen sie den ehemaligen Kaiser auf die Anklagebank setzen. Dabei hat sich die jetzige deutsche Regierung doch schon so oft bereit erklärt, alle

Schuldfragen, sowohl die persönlichen wie die sachlichen, vor einem unparteiischen Gerichtshof zum Austrag zu bringen. Dazu dürften aber nicht einseitig nur unsere Archive geöffnet werden, sondern die aller am Kriege beteiligten Staaten müßten zur Verfügung stehen. Aber freilich England und Frankreich fürchten nur zu sehr, daß die Enthüllungen, die seinerzeit der Prozeß des russischen Kriegsministers Suchomlinow zutage gefördert hatte, noch erheblich erweitert werden würden, und daß die Schulfrage am Kriege sich wesentlich auf der Waagschale ihnen zuneigen würde. Es hatte anfangs den Anschein, als ob wenigstens Japan und Amerika nicht unbedingt geneigt wären, an die alleinige Schuld Deutschlands zu glauben, aber wenn die Entscheidung der Entente in dieser Sache endgültig ist, dann haben also auch sie sich breitschlagen lassen, und wir dürfen alle Hoffnung fahren lassen. Vom Standpunkte des Völkerrechtes ist das Verlangen der Entente unerhört. Unsere Unterhändler, denen ja jetzt die Bedingungen vorgelegt werden, werden unzeres Erachtens keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß in dem Moment, da diese Bestrafung in den Vertrag aufgenommen wird, die gesamte ungeheure Schuldfrage ein für allemal zu ungunsten Deutschlands entschieden ist. Hat es, wenn wir dieses Odium für allzeit ewigkeit auf uns nehmen wollen, überhaupt einen Zweck, in die Verhandlungen erst einzutreten?

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Bevorstehende Auflösung der Obersten Heeresleitung. Aus Anlaß der bevorstehenden Friedensverhandlungen hat Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Schreiben gerichtet: Herr Präsident! Der Beginn der Friedensverhandlungen veranlaßt mich, schon jetzt der Reichsregierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: Ich bin im Wechsel der Zeiten an der Spitze der Obersten Heeresleitung geblieben, weil ich meine Pflicht darin sah, dem Vaterlande in seiner höchsten Not weiter zu dienen. Sobald der Vorfrieden geschlossen ist, halte ich aber meine Aufgabe für erfüllt. Mein Wunsch, mich dann ins Privatleben zurückzuziehen, wird bei meinem hohen Alter allgemein verstanden werden, umso mehr, als es ja bekannt ist, wie schwer es mir meinen Annehmungen und meiner ganzen Persönlichkeit und Bergangenheit nach geworden ist, in der jetzigen Zeit mein Amt weiter auszuüben. (gez.) von Hindenburg. — Der Reichspräsident hat hierauf dem Feldmarschall folgendes geantwortet: Herr Generalfeldmarschall! Von Ihrem Entschluß, nach Unterzeich-

nung des Vorfriedens von Ihrer Stellung an der Spitze der Obersten Heeresleitung zurückzutreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen, habe ich Kenntnis genommen. Indem ich mein Einverständnis hiermit erkläre, benutze ich diese Gelegenheit, um Ihnen für Ihre dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf Ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen. (gez.) Ebert.

— Die Abschiebung deutscher Beamten aus Polen. 15000 deutsche Familien von entlassenen Lehrern, Postbeamten und Eisenbahnbeamten werden in den nächsten Tagen aus dem Aufstandesgebiet Polen nach Thorn, Kreuz und Halle abgehoben. Die Stadt Thorn hat 5000 Familien aufzunehmen.

— Milliardenverluste durch den Streik im Ruhrrevier. Durch den nunmehr als beendet anzusehenden Streik im Ruhrrevier werden die Bergarbeiter, die zum Teil annähernd vier Wochen ausständig waren, in erster Linie unter dem Lohnausfall schwer zu leiden haben. Unter Zugrundelegung eines (geschätzten) Schichtverdienstes von 14,25 Mark im Monat April ergibt sich nach den vorläufigen Feststellungen des Bergbauvereins ein Ausfall an Löhnen im Gesamtbetrag von 73,5 Millionen Mark, während der Ausfall im Jahre 1905 einen Lohnverlust von rund 19 Millionen Mark und der Streik von 1912 einen solchen von 7,8 Millionen Mark gebracht haben. Seit Beginn der Revolution ist den Bergarbeitern infolge der fast ununterbrochenen Streikbewegung ein Lohnausfall von rund 101 Millionen Mark entstanden. Der Verlust der Werke auch nur annähernd festzustellen, ist unmöglich, jedenfalls ist er so hoch, daß die Existenzfähigkeit dieser Werke ernstlich bedroht ist. Dazu kommt der Ausfall an nicht geschädigter Kohle. Die Vorratsförderung beträgt für den Monat April etwa 3350000 Tonnen. Diese Menge repräsentiert einen Betrag von 140,7 Millionen Mark, um den unsere Volkswirtschaft nutzlos geschädigt worden ist. Die Verluste an Löhnen und an Förderung sind aber die unwesentlichsten, die schlimmsten lassen sich zahlenmäßig gar nicht erfassen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß nach den Berechnungen sozialdemokratischer Blätter die Beunruhigung unserer Wirtschaft durch das Generallstreikieber in wenigen Tagen allein eine Entwertung unseres Geldes um 15,92 Milliarden zur Folge gehabt hat.

— Neue Drangsalierung der deutschen Bevölkerung des Saargebietes. Aus dem Saargebiet wird mitgeteilt: Den umfangreichen Zwangsweisungen, die die Franzosen